

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zu den Ergebnissen des Informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 27. Mai 2014 in Brüssel sowie zum G7-Gipfel am 4./5. Juni 2014 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Union (EU) befindet sich in einer schweren und umfassenden Krise. Dabei erwies sich die bis heute andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise als ein „Katalysator“, der strukturelle Defizite der EU-Integration hervortreten ließ: Die einseitig auf Wettbewerbsfähigkeit, Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ausgerichtete EU-Binnenmarktpolitik sowie die verfehlte Politik der Krisenbekämpfung aus Ausgabenkürzungen und marktliberalen Reformen haben die Wirtschaftskrise bis heute nicht überwinden können: Die ökonomische Erholung mit seitens der EU-Kommission prognostizierten Wachstumsraten von 1,2 Prozent in der Eurozone sowie 1,5 Prozent in der EU bleibt auch für 2014 schwach und durch Risiken gefährdet. Vor allem in den südlichen Euroländern wächst nach Jahren der Rezession die Wirtschaft nur äußerst langsam. Zudem steigen dort die Schuldenquoten weiter an oder verharren auf hohem Niveau – wie auch in anderen Ländern in Euroraum und EU.

Die Politik der Krisenbekämpfung, insbesondere die Austeritätspolitik, die den „Krisenländern“ der Eurozone von der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF diktiert wurde, führte darüber hinaus zu einer umfassenden sozialen Krise. Diese findet unter anderem in hoher Arbeitslosigkeit, rasant zunehmender sozialer Ungleichheit innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedstaaten, steigenden Armutsquoten und zunehmend ausgehöhlten Sozialsystemen ihren Ausdruck. Rund 125 Millionen Menschen – ein Viertel der EU-Bevölkerung – leben heute in Armut oder sind armutsgefährdet.

In der Krise verschärfte sich zudem das strukturelle Demokratiedefizit der EU: Die demokratisch nicht legitimierte Troika setzt die Kürzungspolitik auch gegen Widerstände von Regierungen und Parlamenten durch. Zudem werden in zentralen Politikbereichen wie beispielsweise im Rahmen der verstärkten Haushaltsüberwa-

chung den Mitgliedstaaten und ihren Parlamenten politische Handlungs- und Gestaltungsspielräume entzogen und Kompetenzen an die EU-Kommission übertragen, ohne dass auf EU-Ebene demokratische Kontrollmechanismen bestehen.

Die Politik der EU (und ihrer Mitgliedstaaten, vor allem Deutschlands) hat so zu einer sich zuspitzenden Legitimationskrise europäischer Politik und der EU-Institutionen sowie zu einer wachsenden Vertrauenskrise bei den Bürgerinnen und Bürgern in den europäischen Integrationsprozess geführt: Während das Europaparlament (EP) als politischer Akteur (teils zu Unrecht) kaum wahrgenommen wird, steht die EU-Kommission, bzw. steht „Brüssel“, für zunehmend intransparente und bürokratische „Regulierungswut“, die immer größeren Einfluss auf das Leben der Menschen ausübt. Die EU wird von einer wachsenden Zahl ihrer Bürgerinnen und Bürger als Bedrohung sozialstaatlicher und demokratischer Errungenschaften wahrgenommen, die mit dem eigenen Nationalstaat in Verbindung gebracht werden. Hiervon haben in den vergangenen Jahren in vielen Ländern nationalistische, rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen und Parteien profitiert, die mit antieuropäischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Parolen politisches Kapital aus der Krise zu schlagen versuchen.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament am 25. Mai 2014 haben diese Entwicklung bestätigt: Die erneut geringe Wahlbeteiligung von 43 Prozent im EU-Durchschnitt (bei großen Abweichungen in den Ländern) ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass dem EP von einer Mehrheit der Wahlberechtigten aufgrund seiner eingeschränkten Gestaltungskompetenzen eine nur geringe Bedeutung beigemessen wird. In vielen Ländern wurde die Wahl als Protestwahl auch gegen die jeweilige nationale Regierung genutzt. Teilweise deutliche Stimmeneinbußen mussten die traditionell „EU-freundlichen“ Parteien aus dem bürgerlich-konservativen und liberalen Spektrum sowie sozialdemokratische Parteien hinnehmen, die für ihre grundsätzliche Unterstützung der aktuellen EU-Politik und des marktliberal ausgerichteten EU-Integrationsprozesses abgestraft wurden.

Insgesamt bestätigte sich in den Wahlen zum EP ein von vielen Beobachtern erwarteter Rechtsruck: Gegenüber dem Wahlergebnis von 2009 verzeichnete das in sich durchaus heterogene Spektrum von rechtspopulistischen, rechtsextremen und offen (neo)faschistischen Parteien deutliche Stimmengewinne. Die berechtigte Unzufriedenheit mit der neoliberalen EU-Politik konnten diese Parteien in eine generelle Ablehnung in der EU ummünzen. Besorgnis erregend ist, dass in einigen Ländern Parteien aus diesem Spektrum sogar zur stärksten politischen Kraft aufstiegen: In Großbritannien erzielte die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (UKIP) mit 27,5 Prozent der Stimmen ein Rekordergebnis ebenso wie der rechtsextreme Front National (FN) in Frankreich, der mit 25 Prozent ebenfalls stärkste Partei wurde. Auch in Dänemark wurde mit der Dänischen Volkspartei (DF) eine rechtsextreme Partei mit knapp 27 Prozent stärkste Kraft. Deutliche Zuwächse konnten unter anderem die rechtsextremen Parteien aus Österreich (FPÖ) und Schweden (Schwedendemokraten), die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) und sogar offen neofaschistische Parteien wie „Goldene Morgenröte“ (Griechenland) verzeichnen. Die Jobbik-Partei aus Ungarn stabilisierte sich auf hohem Niveau (14,7 Prozent) – neben der nationalkonservativen und offen antieuropäischen Regierungspartei FIDESZ. Auch die NPD wird einen Abgeordneten ins EP entsenden können.

Zwischen den Parteien der äußeren Rechten bestehen durchaus wichtige Unterschiede: ideologische Differenzen und abweichende strategische Ausrichtungen. Die rechtsextremen Parteien FN und DF zum Beispiel moderierten seit einigen Jahren ihre Rhetorik, um auch Proteststimmen und Wähler aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen und sich auf Dauer als rechte und „akzeptierte Alternative“ zu den bürgerlichen Parteien zu etablieren und – auf EU-Ebene und primär in ihren Herkunftsländern – die politische Agenda nach rechts zu verschieben. Bei aller Unterschiedlichkeit eint diese Parteien ihre grundsätzliche Ablehnung nicht nur der

EU, sondern auch der europäischen Integration, ihre restriktive Haltung beim Thema Migration – auch innerhalb der EU – sowie in unterschiedlich scharfer Ausprägung die Propagierung demokratiefeindlicher Positionen. Die Forderungen nach „weniger EU“, nach einem Stopp oder der Rücknahme europäischer Integrationschritte (bis hin zum Austritt aus der EU) übersetzen sich dabei in ein „Mehr“ an Nationalismus und nationalstaatlicher Abgrenzung. Es werden einfache Lösungen für komplexe Probleme angeboten – durch nationale, ethnische, sogar rassische Homogenität von Gesellschaften sollen kollektive Probleme gelöst werden. Augenfällig ist dabei, dass von diesen Parteien zwar die sozialen und sozio-ökonomischen Dimensionen der Krise in der EU benannt und für die Mobilisierung sozial-chauvinistischer Stimmungen instrumentalisiert werden, zugleich aber eine wirtschaftsliberale Programmatik vertreten wird.

In vielen Ländern haben bürgerlich-konservative Parteien in den vergangenen Jahren – auch im aktuellen Wahlkampf zum EP – (Teil-)Forderungen der rechtspopulistischen Agenden – vor allem aber nicht nur in Bezug zu migrations- und sozialpolitischen Themen (z. B. die vermeintliche Überlastung nationaler Sozialsysteme durch scheinbare „Masseneinwanderung“) übernommen. Rechtspopulismus und – Extremismus sind zu einer ernststen Bedrohung der Demokratie in Europa geworden.

Gemäß dem Vertrag von Lissabon schlägt der Europäische Rat nach Beratungen mit qualifizierter Mehrheit dem EP einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission vor. Er ist dabei verpflichtet, das Ergebnis der Wahlen zum EP zu berücksichtigen (Artikel 17 Absatz 7 EUV). Das EP wählt den Kommissionspräsidenten mit einfacher Mehrheit. Erstmals stellten die europäischen Parteienfamilien eigene Spitzenkandidaten für dieses Amt auf. Keiner der Kandidaten der beiden stärksten Parteienfamilien – Jean Claude Juncker für die EVP und Martin Schulz für die S&D – wird im EP die ausreichende Stimmenmehrheit im jeweils eigenen Lager mobilisieren können. Problematisch wäre, wenn Juncker (oder ein anderer Kandidat) aus dem bürgerlichen Lager auf die Stimmen der ganz rechten Parteien und Rechtspopulisten angewiesen wäre.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Europäischen Rat darauf hinzuwirken, dass ein Kandidat vorgeschlagen wird, der im EP eine Mehrheit bekommen kann, ohne auf Stimmen aus dem Spektrum rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien angewiesen zu sein;
2. sich im Europäischen Rat und in Dialog mit den demokratischen europäischen Parteienfamilien und dem EP für eine klare Abgrenzung der demokratischen Regierungen und Parteien von rechtspopulistischen und -extremen Kräften im EP sowie auf nationaler Ebene einzusetzen;
3. sich auf EU-Ebene – im Europäischen Rat sowie gemeinsam mit dem EP und der EU-Kommission – für eine signifikante politische und finanzielle Aufwertung von europäischen Programmen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, gegen Diskriminierung und für Toleranz, Minderheitenschutz, interkulturellen Dialog und antirassistische Initiativen einzusetzen sowie die Förderung von Projekten gegen antimuslimische, antijüdische und rechtsextreme Tendenzen und Bewegungen voranzutreiben;
4. sich auf europäischer Ebene für den Aufbau einer europäischen Präventionsarchitektur gegen Rassismus und Neofaschismus einzusetzen und auf die zügige Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) durch EU-Institutionen und Mitgliedstaaten hinzuwirken;

5. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen strukturellen Rassismus in der Politik von EU und Mitgliedstaaten, z. B. in der Flüchtlings- und Migrationspolitik, hohe Priorität erhält und umgesetzt wird;
6. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass den strukturellen Ursachen der gegenwärtigen EU-Skepsis, die den Nährboden für das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen und Parteien bilden, entschieden entgegengewirkt wird. Dies beinhaltet zum Teil grundlegende Kurskorrekturen der EU-Politik und der ihrer Mitgliedstaaten wie u. a. dass
 - das diktierte Lohndumping sofort beendet und das illegitime Kürzungsdiktat der Troika und EU-weit die krisenverschärfende Kürzungspolitik sofort zurückgenommen werden sowie ein EU-weit koordiniertes sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt wird, das insbesondere den sozial-ökologischen Umbau befördert und die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen hilft;
 - die öffentliche Kreditaufnahme aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte befreit und zugleich eine strikte Regulierung der entfesselten Finanzmärkte eingeleitet wird;
 - eine fiskalpolitische Koordinierung eingeleitet wird, die die Staatseinnahmen auf hohem Niveau stabilisiert und die Lebensstandards erhöht. Dazu gehören unter anderem die Einführung von EU-weit koordinierten Mindeststeuersätzen für Unternehmen, eine EU-weit koordinierte Vermögensabgabe, eine koordinierte stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Vermögen und Kapitalerträgen;
 - eine wirtschaftspolitische Koordinierung eingeleitet wird, die die souveränen Gestaltungsmöglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten nicht schmälert und die Lebensstandards der Menschen in der EU verbessert. Dazu gehören unter anderem soziale Mindeststandards auf hohem Niveau, EU-weit koordinierte Mindestlöhne, die mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns betragen und antizyklisch wirken, indem sie nicht sinken dürfen, sowie die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel in die EU-Verträge;
 - die EU-Verträge einer grundlegenden Revision unterzogen werden, um auf diesem Weg einen Neustart für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa zu ermöglichen.

Berlin, den 30. Mai 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion